

Herrn
Mag. Bernhard Painz
Leiter Abteilung Gas
Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

per mail an: marktregeln@e-control.at
emese.rieder@e-control.at

Wien, am 18. März 2013

Entwurf Gas-Marktmodell-Verordnung Novelle 2013 Stellungnahme der Industriellenvereinigung

Sehr geehrter Herr Mag. Painz!

Die Industriellenvereinigung (IV) dankt für die Übermittlung des Entwurfs zur Gas-Marktmodell-Verordnung Novelle 2013 und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Allgemeines

Die Industriellenvereinigung begrüßt grundsätzlich die Intention durch die Umstellung auf das neue Gas-Marktmodell den Wettbewerb zu beleben. Im Sinne der Kosteneffizienz ist jedoch weiterhin darauf zu achten, dass das System so effizient wie möglich ausgestaltet wird. Insbesondere auch deshalb da es im Vergleich zum alten System mehr Institutionen gibt, die mit der operativen Abwicklung betraut sind, und dementsprechend mehr Kosten im System anfallen. Hohe bürokratische und finanzielle Aufwände sind auch eine Einstiegsbarriere für neue Lieferanten und werden daher kritisch gesehen. Den vielfach gewünschten „One stop shop“ gibt es aus unserer Sicht bislang noch nicht.

Wesentlicher Kritikpunkt bleibt weiterhin die Regelung der Ausgleichsenergie für Stundenbilanzierer, die zu unnötiger Verteuerung führt. Die Asymmetrie bei den Aufschlägen/Abschlägen auf die Ausgleichsenergie wird abgelehnt und deren Streichung gefordert.

Im Speziellen

§11 Abs 2 (Nominierungs- und Renominierungsregeln)

In § 11 Abs 2 wird verordnet, dass der BGV bis 14:00 des Tages vor dem Liefertag die zu liefernden Gasmengen nominiert. Sollte er dies verabsäumen gilt „Null“ als nominierter Wert. Diese automatische Nullstellung wird hinterfragt, da es eine Reihe von Möglichkeiten geben kann warum beim Netzbetreiber keine Nominierung eingelangt ist. Vielmehr sollte geprüft werden, ob eine automatische Übernahme des zuletzt verwendeten Nominierungswerts sinnvoller ist.

§ 18 Abs 6 und 7 (Grundsätze des Bilanzierungssystems)

Eine weitere Einschränkung der Stundenbilanzierung auf Netzbewutzer mit einer vertraglichen Höchstleistung von mehr als 10.000 kWh/h darf keinen systematischen Rückschritt für den Gasnetzbetrieb bedeuten und nicht zu unnötigen Verteuerungen für alle Gaskunden führen.

Darüber hinaus stellt sich die Frage wie im Falle einer Umstellung diese bilanztechnisch umgesetzt werden soll. Sollte eine Zuordnung zu einem zusätzlichen Verbrauchswertaggregat je Versorger notwendig sein, ist eine entsprechende Übergangsfrist zur Umstellung in den Systemen der Netzbetreiber vorzusehen. Diese Gruppe von Netzbewutzern wurde in der Regel erst in jüngster Vergangenheit aufgrund der Lastprofilverordnungs-Novelle 2008 von SLP auf LPZ umgerüstet, wobei dieser Aufwand nunmehr letztlich obsolet wird.

§25 Abs 8 Z 5 (Informationsflüsse zwischen Marktteilnehmern)

Für Netzübergaben an Grenzkopplungspunkten war bislang ein Messwert zu ermitteln. Die Allokation je Bilanzgruppe an Grenzkopplungspunkten erfordert eine Allokationsregel. Abhängig von der Allokationsregel ist die Zuständigkeit und der zur Allokation erforderliche Datenaustausch zu regeln. Eine Übermittlung von Messdaten durch den Netzbetreiber an den Bilanzgruppenkoordinator, der sodann die Allokation durchführt, erscheint zweckmäßiger.

§ 26 Abs 6 (Bilanzierung des Marktgebietsmanagers)

Wie bereits in unserer ersten Stellungnahme zur Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 vom 20. April 2012 festgestellt, ist die Höhe des Strukturierungsbeitrags von 4 €/MWh nicht nachvollziehbar. Zudem fällt dieser Beitrag zwangsläufig in beide Richtungen an. Dies stellt eine signifikante Verteuerung des Gasbezugs dar, die markttechnisch nicht begründbar scheint. Der Strukturierungsbeitrag sollte daher in dieser Form völlig gestrichen werden.

§27 Abs 4 (Bilanzierung des Bilanzgruppenkoordinators)

Wie im ersten Satz ausgeführt wird, erfolgt die Bilanzierung der Grenzkopplungspunkte im Verteilernetz und der besonderen Bilanzgruppe im Verteilernetz gemäß § 24 sowie die Einspeisung von Erzeugung biogener Gase auf Tagesbasis. Abweichend davon wird im zweiten Satz angeordnet, dass die

Bilanzierung an Grenzkopplungspunkten auf Stundenbasis erfolgt, sofern der Netzbetreiber mit dem angrenzenden Netzbetreiber kein Operational Balancing Agreement (OBA) vereinbart hat.

Diese Anordnung ist zu unbestimmt. Es stellt sich insbesondere die Frage, was ein „Operational Balancing Agreement“ eigentlich ist und um welchen konkreten Regelungsinhalt innerhalb des „Agreements“ es sich handelt, der die Bilanzierungsperiode auf stündlich oder täglich ausgestaltet.

§ 32 Abs 2 sowie § 44 Abs 3 (Regelungen zur Preisgestaltung der Ausgleichsenergie)

Für die Industriellenvereinigung ist eine verursachungsgerechte Verteilung der Kosten für Ausgleichsenergie auf die Marktteilnehmer unbedingt notwendig. Durch die asymmetrische Pönalisierung (bislang 20% Aufschlag auf AE Zukäufe und 10% Abschläge auf AE Verkäufe) wurde der Markt seit Einführung massiv überliefert. Das zeigt, dass dieses asymmetrische System nicht funktioniert und ungerechtfertigte Kosten für die Stundenbilanzierer verursacht. Wir fordern daher die Streichung der Auf- bzw. Abschläge und stattdessen die Verrechnung eines marktgerechten Preises für die Ausgleichsenergie.

Im Falle von Überschüssen aus der Ausgleichsenergieverrechnung der Stundenbilanzierer ist sicherzustellen, dass diese möglichst rasch und entsprechend der Aufbringung rückerstattet werden. Es ist sicherzustellen, dass es zu keiner Quersubventionierung der Tagesbilanzierer durch die Stundenbilanzierer kommt.

Die Industriellenvereinigung dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme und ersucht um Berücksichtigung der genannten Anliegen.

Mit besten Grüßen

Ing. Mag. Peter Koren eh
Vize-Generalsekretär

Mag. Isabella Meran-Waldstein eh